



Japan und Taiwan

Yasuhiro MATSUDA

Einleitung

In den letzten Jahren hat die Präsenz Taiwans für die japanische Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Beziehungen zu den USA und China sind für Japan eine diplomatische Angelegenheit von höchster Priorität, und die Taiwan-Frage stellt in diesem Zusammenhang den größten destabilisierenden Faktor dar. Taiwan ist ein unverzichtbarer Bestandteil der „umfassenden und fortschrittlichen Vereinbarung für eine Trans-Pazifische Partnerschaft“ (TPP11) und des „Freien und Offenen Indopazifiks“ (FOIP). Während die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Taiwan sehr gut sind, bestehen keinerlei diplomatische und so gut wie keine direkten Sicherheitsbeziehungen.

Dieser Beitrag soll einen Überblick über die japanische Taiwan-Politik geben und analysieren, wie Japan seine Beziehungen zu Taiwan vor dem Hintergrund der Einschränkungen, die sich aus dem japanisch-chinesischen Verhältnis ergeben haben, bisher gehandhabt hat. Zum Abschluss möchte ich darüber hinaus aufzeigen, mit welchen politischen Fragen die japanische Regierung derzeit konfrontiert ist.

Grundlegende Haltung der japanischen Regierung gegenüber Taiwan

Als Erstes werde ich den grundlegenden Rahmen der japanischen Taiwan-Politik betrachten. 1972 normalisierten Japan und die Volksrepublik China ihre diplomatischen Beziehungen. Infolgedessen brach Japan die diplomatischen Beziehungen zur Regierung der Republik China in Taiwan ab und das Verhältnis wurde, wie weiter unten beschrieben, durch die Gründung einer halbstaatlichen Organisation in ziviler Form aufrechterhalten. Dieses nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen entstandene Arrangement wird in Japan als „72er-System“ bezeichnet. Auch viele andere Länder haben die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und ein ähnliches, halb-offizielles Verhältnis zu Taiwan begonnen. Da Taiwan auch aus der internationalen Organisation souveräner Staaten herausfiel, war das „72er-System“ für Taiwan außerdem von weitflächiger und internationaler Bedeutung. Es war gezwungen, sich an dieses internationale System anzupassen.

In der gemeinsamen Erklärung Japans und Chinas aus dem Jahr 1972 erkennt Japan an, dass „die Regierung der Volksrepublik China die einzige rechtmäßige Regierung Chinas“ sei. In Bezug auf Chinas Aussage, dass Taiwan ein integraler Bestandteil der Volksrepublik China sei, gab Japan an, dass es dies vollständig verstehe, respektiere, und

gemäß Punkt 8 der Potsdamer Erklärung an seiner Position festhalte. Das bedeutet, dass Japan die Zugehörigkeit Taiwans zu China zwar nicht anerkennt, dies aber tun wird, sofern Taiwan in Zukunft tatsächlich ein Teil Chinas werden sollte. Folglich beschreibt dies die japanische Haltung, dass eine Unabhängigkeit Taiwans zum aktuellen Zeitpunkt nicht unterstützt wird.

In einer Parlamentsanfrage am 8. November 1972 vertrat der damalige Außenminister Masayoshi Ohira in Hinblick auf eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage die Auffassung, dass diese Frage zwischen der Regierung der Volksrepublik China und Taiwan im Grunde eine interne Angelegenheit Chinas sei. Diese Aussage impliziert jedoch auch, dass die Taiwan-Frage in dem Fall, dass Waffengewalt zum Einsatz kommt, über den Status einer internen Angelegenheit hinausgehen würde. Am 28. Februar 1975 erklärte ein hoher Beamter des japanischen Außenministeriums im Parlament, dass Japan sich nicht in der Position befände, eine Aussage über die völkerrechtliche Zugehörigkeit Taiwans zu treffen.

In seinem diplomatischen Blaubuch definiert Japan die japanisch-taiwanesischen Beziehungen als „nicht-staatliche Geschäftsbeziehung“ mit Fokus auf Wirtschaft und Kultur. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gründeten Japan und Taiwan die „Interchange Association“ bzw. die „East Asian Relations“ als Zivilorganisationen, die

den Botschaften gleichgestellt sind und über die man die geschäftlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten versuchte. Die „Interchange Association“ änderte ihren Namen 2017 in „Japan-Taiwan Exchange Association“, während die „East Asian Relations“ im selben Jahr in „Taiwan-Japan Relations Association“ umbenannt wurde. Dabei wird von japanischer Seite aus der Status als Zivilorganisation gewahrt, während die Taiwan-Japan Relations Association gleichzeitig dem Außenministerium der Republik China unterstellt ist. Taiwanesischen Statistiken zufolge hat der japanisch-taiwanesischen Handel im Jahr 2021 eine Gesamthöhe von 85,31 Milliarden USD erzielt, wodurch Japan drittgrößter Handelspartner Taiwans, und Taiwan gleichermaßen drittgrößter Handelspartner Japans ist.

Obwohl die öffentlichen Kontakte zwischen Japan und Taiwan zahlreichen Einschränkungen unterliegen, stehen sich die japanische Politik und Gesellschaft der Demokratisierung und „Lokalisierung“ (engl. *Taiwanization*) Taiwans, die durch die Regierung unter Staatspräsident Lee Teng-hui (1988-2000) vorangetrieben wurde, positiv gegenüber. Seit den 1990er Jahren steigt das Bewusstsein über Taiwan in Japan stetig an und gipfelte in der enorm großzügigen Spende von über 20 Milliarden Yen aus Taiwan im Zusammenhang mit der großen Erdbebenkatastrophe in Ost-Japan 2011. Nachdem Shinzo Abe als berühmter Taiwan-Befürworter zum Premierminister ernannt wurde,

ergänzte man die offizielle Beschreibung Taiwans außerdem um die Worte „ein wichtiger Freund mit gemeinsamen Werten“.

Eine im Jahr 2021 durchgeführte Meinungsumfrage auf taiwanesischer Seite ergab, dass sich 75,9 % der japanischen Bevölkerung mit Taiwan verbunden fühlten, während 60 % der taiwanesischen Befragten in einer im selben Jahr durchgeführten japanischen Meinungsumfrage angaben, dass Japan ihr Lieblingsland sei. Entgegen den schlechter werdenden japanisch-chinesischen und taiwanesisch-chinesischen Beziehungen besteht zwischen dem japanischen und dem taiwanesischen Volk demnach ein starkes gegenseitiges Vertrautheitsgefühl.

Japan's Reaktion auf die taiwanesisch-chinesische Kluft

China behinderte den Kontaktaus- tausch zwischen Japan und Taiwan und übte zeitweise politischen Druck aus. Dies war insbesondere im Bereich Politik und Sicherheit der Fall. Allerdings behauptete Japan, dass seine politischen Anpassungen gegenüber Taiwan ausschließlich im Rahmen des 72er-Systems erfolgt waren, weshalb die Kritik und die Bedenken seitens Chinas ungerechtfertigt seien. Aus dem tatsächlichen Engagement Japans gegenüber Taiwan lassen sich jedoch bestimmte Tendenzen und Veränderungen erkennen.

Einst habe ich erklärt, dass Japan in vier Bereichen Entscheidungen treffen könnte, die sich günstig auf Taiwan auswirken würden – selbst dann, wenn China diese Entscheidungen entschieden ablehnen sollte. Die jeweiligen japanischen Kabinette haben angesichts des Nullsummenspiels zwischen China und Taiwan und des großen Widerstands von China in den folgenden Bereichen „Japans unvereinbare nationale Interessen und Werte“ sowie „Japans unabhängiges Urteil“ betont, was *im Endeffekt* zu Entscheidungen führte, die sich als positiv für Taiwan und als Widerspruch gegenüber den chinesischen Absichten erwiesen.

Der erste Bereich betrifft die Sicherheit Japans und die japanisch-amerikanische Allianz. Japan hat sich nachdrücklich für eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage auf Grundlage von Gesprächen zwischen China und Taiwan eingesetzt und jedes Mal sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, wenn China mit Waffengewalt drohte. In den „Richtlinien für die Wehrkooperation zwischen Japan und den USA“ von 1997 und der gemeinsamen Ankündigung vom beratenden Sicherheitsausschuss zwischen Japan und den USA („2+2“) von 2005 war erstmals von einer „friedlichen Lösung in Bezug auf die Taiwanstraßenfrage“ die Rede. Als das Gesetz über die Sicherheitslage in den Nachbarländern Japans im Jahr 1999 verabschiedet wurde, in dem festgelegt wurde, dass Japan Angriffe des US-Militärs unterstützen würde, hatte China wiederholt verlangt, Taiwan von der Liste

der „benachbarten Länder“ zu streichen. Dieser Forderung ist Japan jedoch nicht nachgekommen. Darüber hinaus setzte man 2003 erstmals einen pensionierten Generalmajor im Büro der Exchange Association in Taipeh ein, um militärische Informationen in Taiwan zu sammeln.

Der zweite Bereich betrifft die Souveränität Japans. Genauer gesagt hat es der japanischen Regierung nicht gefallen, dass China sich darin einmischte, wer von Taiwan aus nach Japan und von Japan aus nach Taiwan reiste. So gestattete Japan dem taiwanesischen Vizepräsidenten Yuan Hsu Li-teh die Teilnahme an der Eröffnungszeremonie der Asienspiele in Hiroshima im Jahr 1994 und genehmigte einen Besuch des früheren Staatspräsidenten Lee Teng-hui zu touristischen Zwecken im Jahr 2004. Auf der anderen Seite gab es nur wenige Besuche japanischer Premierminister in Taiwan – doch seit der ehemalige Premierminister Yoshiro Mori 2003 einen ersten Schritt machte, häuften sich auch die Besuche anderer ehemaliger Premierminister. Darüber hinaus reiste Jiro Akama, stellvertretender Minister des Kabinettsbüros, 2018 offiziell nach Taiwan. Dieser Regierungsbeamte war der ranghöchste Besucher Japans seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen. All diese Besuche fanden unter dem starken Widerstand Chinas statt.

Der dritte Bereich betrifft die unpolitischen Sphären der Wirtschaft und Kultur. So stellt sich China ohne zu

zögern gegen den japanisch-taiwanesischen Kontaktaustausch, obwohl es dazu eigentlich gar nicht in der Lage sein sollte. Beispielsweise hatte China den Beitritt Taiwans zur Welthandelsorganisation (engl. *World Health Organization*, kurz WTO) strikt abgelehnt, noch bevor es selbst Mitglied wurde; und auch dem „japanisch-taiwanesischen Fischereiabkommen“ von 2013 hat China vehement widersprochen. Nichtsdestotrotz trieb Japan gemeinsam mit den USA den Beitritt Taiwans zur WTO voran und ignorierte den Widerspruch Chinas gegenüber dem Fischereiabkommen.

Der vierte Bereich betrifft humanitäre Fragen. So entsandte Japan im Jahr 1999 im Zuge des großen Erdbebens in Zentraltaiwan ein internationales Rettungsteam zum Ort der Katastrophe. China hatte in diesem Zusammenhang alle Länder dazu gedrängt, vor einer solchen Entsendung die Zustimmung Chinas einzuholen. Japan hielt sich jedoch nicht daran und leistete umgehend humanitäre Hilfe in Taiwan. Auch der frühere Staatspräsident Lee Teng-hui durfte 2001 nach Japan reisen, um sein Herzleiden behandeln zu lassen, obwohl China dagegen war. Seit 2004 hoffte Japan, dass Taiwan als Beobachter an der Jahreshauptversammlung (engl. *World Health Assembly*, kurz WHA) der WHO teilnehmen würde, und äußerte daraufhin verstärkt seine Unterstützung.

Wachsende Besorgnis über Chinas potenzielle Anwendung von Waffengewalt gegenüber Taiwan

Japans Sorgen im Bereich Sicherheit, bei der es vor allem um Chinas potenzielle Anwendung von Waffengewalt gegenüber Taiwan geht, hat in den letzten Jahren zugenommen. Zunächst wurde auf dem japanisch-amerikanischen Sicherheitsausschuss „2+2“ im März 2021 die Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße zum Ausdruck gebracht und im darauffolgenden Monat ebenso im Zuge des japanisch-amerikanischen Gipfeltreffens erwähnt. Dies bezog sich jedoch auf die „Taiwanstraße“ – nicht auf „Taiwan“. Anders gesagt wurde lediglich die Bedeutung von Frieden und Stabilität der Taiwanstraße, die ein größtenteils internationales Gewässer darstellt, betont, und nicht etwa zur Unterstützung Taiwans aufgerufen.

Sogar hohe Regierungsbeamte, die normalerweise eher vorsichtige Äußerungen tätigen – in diesem Fall der stellvertretende Verteidigungsminister Yasuhide Nakayama und der stellvertretende Premierminister Taro Aso – erklärten jeweils im Juni bzw. Juli 2021 inoffiziell, dass Japan Taiwan im Fall einer Krise zu verteidigen habe. Beide Aussagen wurden jedoch vom Generalsekretär des Kabinetts, Katsunobu Kato, berichtigt, weshalb sie keine

repräsentativen Äußerungen der japanischen Politik darstellen.

Das japanische Verteidigungsweißbuch vom Geschäftsjahr 2021 enthielt erstmals den Eintrag, dass „eine stabile Situation um Taiwan nicht nur für unser Land, sondern auch für die internationale Gemeinschaft wichtig ist“. Der Begriff „Situation um Taiwan (jap. *Taiwan wo meguru jōsei*)“ wurde auch in den Parlamentsanfragen wiederholt verwendet, sodass es nicht das erste Mal war, dass die japanische Regierung ihn geäußert hatte.

So drücken diese Äußerungen in Japan immer noch ein Gefühl der Dringlichkeit in Bezug auf die Situation in der Taiwanstraße aus. Kein japanischer Rechtsrahmen erlaubt es jedoch, die Logik einer direkten Verteidigung Taiwans durch Japan abzuleiten. Die japanische Politik beruht im Wesentlichen darauf, die US-Streitkräfte im Rahmen der US-japanischen Allianz zu unterstützen, abhängig davon, ob die Situation erheblichen Einfluss auf Japans Frieden und Sicherheit hat – also im Sinne der „Sicherheit Japans“.

Inmitten von Berichterstattungen über die Besorgnis, dass ein Krieg in der Taiwanstraße ausbrechen könnte, erklärte der frühere Premierminister Shinzo Abe während einer Telefonkonferenz mit der taiwanesischen Staatspräsidentin Tsai Ing-wen im März 2022, dass eine Taiwan-Krise auch eine Japan-Krise bedeuten und somit

unter die japanisch-amerikanische Allianz fallen würde. Diese Äußerung wurde von Taiwan begrüßt, von China jedoch kritisiert. Unter Experten war die Tatsache, dass eine Taiwan-Krise auch eine Japan-Krise bedeuten würde, längst bekannt, doch die Aussage des ehemaligen Premierministers hatte ein anderes Gewicht. Dadurch wurde in der japanischen Gesellschaft weithin bekannt, dass eine chinesische Invasion in Taiwan unmittelbar einen Krieg gegen Japan nach sich ziehen würde.

In einer im April 2021 veröffentlichten Meinungsumfrage der Nihon Keizai Shimbun sprachen sich 74 % der Befragten für ein Engagement Japans im Zusammenhang mit der Stabilität Taiwans aus. Zusätzlich hat der Ausbruch des russisch-ukrainischen Krieges im Februar 2022 die Besorgnis über Chinas potenzielle Anwendung von Waffengewalt gegenüber Taiwan verstärkt. Laut einer im März 2022 veröffentlichten Meinungsumfrage der Mainichi Shimbun zeigten sich 89 % der Befragten besorgt über eine chinesische Invasion in Taiwan. Eine im Mai desselben Jahres durchgeführte Meinungsumfrage der Nihon Keizai Shimbun ergab, dass insgesamt 91 % der Teilnehmenden auf die Frage, wie sich Japan auf eine durch China verursachte Taiwan-Krise vorbereiten sollte, mit „so gut wie möglich im Rahmen geltender Gesetze vorbereiten“ (50 %) und „Reaktionsfähigkeit einschließlich durch eine Gesetzesreform verstärken“ (41 %) antworteten, während lediglich 4 %

angaben, dass „keine Notwendigkeit zur Vorbereitung bestünde“. Die Bewohner Japans befinden sich in diesem Zusammenhang in der gleichen Position wie die Bewohner Europas, die ihrerseits die Sorge hegen, dass Russland einen Krieg in Europa anzetteln könnte.

Dies spiegelt jedoch ausschließlich die öffentliche Meinung Japans wider und bedeutet nicht, dass die japanische Politik sich geändert hätte. Einem Bericht der Sankei Shimbun vom 3. Januar 2022 zufolge hatte die taiwanesishe Regierung der japanischen Regierung angeboten, verteidigungsbezogene Informationen auszutauschen; dies wurde von Japan abgelehnt. Japans Taiwan-Politik kann somit immer noch im Rahmen des „72er-Systems“ betrachtet werden.

Würde Japan hingegen seine Verteidigungskapazitäten ausbauen, wäre es für China deutlich schwieriger, Taiwan anzugreifen, was im Endeffekt eine erhöhte Sicherheit Taiwans bedeuten würde. Außerdem könnte Japan im Falle eines Angriffs auf sein Staatsgebiet sein Recht zur individuellen Selbstverteidigung nutzen, um zurückzuschlagen. Auch im Falle eines Angriffs gegen die USA könnte Japan sein Recht zur kollektiven Selbstverteidigung für einen Rückschlag nutzen – wenn auch in begrenztem Umfang. So gesehen sind die Sicherheit Japans und Taiwans eng miteinander verbunden.

Im Dezember 2022 überarbeitete Japan seine drei Dokumente im Zusammenhang

mit der nationalen Sicherheit – darunter auch die Nationale Sicherheitsstrategie – und kündigte an, den Umfang seines Verteidigungshaushalts innerhalb von fünf Jahren zu verdoppeln und seine Wehrkraft radikal zu stärken. In Bezug auf Taiwan wurde wiederholt die „Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße“ geäußert. Es wurde zudem eindeutig dargelegt, dass Japans Ausbau der Wehrkraft – u. a. durch eine erhöhte Widerstandsfähigkeit von Stützpunkten, eine verbesserte Kriegsführungsfähigkeit und dem Erwerb von „Fähigkeiten zum Gegenschlag“ – der Abschreckung eines bewaffneten Angriffs durch China diene. Obwohl Japan sich nicht ausdrücklich zur Verteidigung Taiwans bereit erklärt hat und keinen verteidigungsbezogenen Austausch mit Taiwan betreibt, kann die Verstärkung der japanischen Wehrkraft als indirekte Kriegsstrategie interpretiert werden, mit der sie Chinas potenzielle Anwendung von Waffengewalt gegenüber Taiwan abzuwehren versucht.

Bereitstellung von Corona-Impfstoff und positive Reaktion auf den CPTPP-Beitrittsge such

Im Vergleich zur Wehrkraft hat sich Japans direkte Unterstützung gegenüber Taiwan in anderen als den traditionellen Sicherheitsbereichen als deutlich stärker erwiesen.

Da Taiwan an einem Mangel an Impfstoffen gegen das Coronavirus (COVID-19) litt, wurde es von Japan zwischen Juni und Oktober 2021 im Rahmen von sechs Lieferungen mit insgesamt rund 4,2 Mio. Dosen inländisch produziertem AstraZeneca-Impfstoff beliefert. Damit wurde beinahe der vollständige Impfstoff, der damals in Japan hergestellt wurde, an Taiwan geliefert. Zu jener Zeit drängte China Taiwan dazu, chinesische Impfstoffe zu kaufen, und verhinderte den Kauf anderer Impfstoffe. Gleichzeitig geriet die taiwanesishe Regierung in Schwierigkeiten, da sie von den Oppositionsparteien aufgrund der Ausbreitung des Virus innerhalb Taiwans und des Mangels an Impfstoffen stark kritisiert wurde. Die zeitnahe Ankunft des japanischen Impfstoffs in Taiwan beruhigte die öffentliche Meinung und wurde sogar mit der Berliner Luftbrücke während der Berlin-Blockade verglichen.

Bei dieser Impfstoffhilfe handelte es sich vor allem um eine humanitäre Hilfe; Außenminister Toshimitsu Motegi betonte jedoch auch, dass sie aus Dankbarkeit für die humanitäre Unterstützung geschah, die Taiwan gegenüber Japan im Zuge der Anti-Corona-Maßnahmen im Jahr 2020 geleistet hatte. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass es sich bei der japanischen „Impf-diplomatie gegenüber Taiwan“ – auch wenn sie angeblich auf Humanität basierte – um eine bestimmte Strategie gehandelt hat.

Das im September 2021 eingereichte Beitrittsge­such Taiwans zum CPTPP wurde von der japanischen Regierung, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, umgehend begrüßt. Und nicht nur das: Es fand in Japan sogar ein größeres Medienecho als das Beitrittsge­such Chinas. Japan hat den gemeinsamen Beitritt von China und Taiwan in internationale Organisationen wie die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) und die WTO stets unterstützt. Die positive Reaktion auf das CPTPP-Beitrittsge­such Taiwans erschließt sich aus der bisherigen Haltung Japans.

Auf der anderen Seite wurde die Förderung des japanisch-taiwanesischen Freihandels aufgrund der aus dem Atomunfall 2011 resultierenden Importbeschränkungen für Lebensmittel aus fünf Präfekturen – allen voran die Präfektur Fukushima – behindert. Die damit zusammenhängenden Vorschriften wurden im Februar 2022 erneut gelockert. Damit aus der „positiven Reaktion“ auf das Beitrittsge­such eine „Unterstützung“ des Beitritts werden konnte, musste Taiwan nicht nur die Kriterien des CPTPP erfüllen, sondern unter anderem auch die Importbeschränkungen für japanische Lebensmittel aufheben. Taiwan erklärte, dass es die Regeln des CPTPP befolgen werde und hat die relevanten nationalen Gesetze geändert.

Die Impfstoffbereitstellung aus Japan, die Aufhebung der Importbeschränkungen durch Taiwan sowie die

Begrüßung des taiwanesischen CPTPP-Beitrittsge­suchs durch Japan lassen eine positive Aufwärtsspirale der „diplomatischen Beziehungen“ zwischen Japan und Taiwan erkennen.

Zum Abschluss: Zukünftige Herausforderungen

Auch wenn es so scheint, als ob sich die japanische Taiwan-Politik erheblich gewandelt hätte, so handelt es sich in Wirklichkeit um Veränderungen, die im Rahmen des ursprünglichen „72er-Systems“ gedeutet werden können. Japan hat in den oben genannten vier Bereichen bestimmte Entscheidungen getroffen, um seinen nicht verhandelbaren Werten und Interessen treu zu bleiben – diese passierten teils gegen den Willen Chinas und haben sich letztendlich zugunsten Taiwans ausgewirkt. Zwar hat sich am „72er-System“ selbst nichts geändert; dennoch ist es so, dass die Unterstützung Japans gegenüber Taiwan in den letzten Jahren deutlich stärker geworden ist.

Im Zusammenhang mit Chinas zunehmenden Versuchen, den Status quo in seiner Umgebung zu verändern, wachsen auch die Bedenken Japans in Hinblick auf eine Taiwanstraßenkrise. Dies könnte dazu führen, dass Informationsaustausch und Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zwischen Japan und Taiwan in Zukunft genehmigt wird; doch da man in Japan per Definition immer noch davon ausgeht, dass es sich beim

japanisch-taiwanesischen Verhältnis um eine nicht-staatliche Geschäftsbeziehung mit Schwerpunkt auf Wirtschaft und Kultur handelt, bestehen nach wie vor große Einschränkungen, und niemand außer den direkt beteiligten Parteien kann genau sagen, wie die aktuelle Situation sich entwickelt. Denn da Japans militärische Möglichkeiten im Falle einer Taiwan-Krise ebenfalls beschränkt sind, kann es lediglich auf den Einsatz des US-Militärs hoffen. Sollte Japan seine Wehrkraft jedoch radikal stärken, ließe sich dadurch mit einem gewissen Abschreckungseffekt gegenüber der potenziellen Anwendung von Waffengewalt durch China rechnen.

Die japanische Diplomatie hat ihren umfassenden Beitrag eher in nichtmilitärischen Bereichen geleistet, wie die zeitnahe Bereitstellung großer Mengen an Impfstoff gegen das Coronavirus gezeigt hat. Eine zukünftige Herausforderung besteht darin, den Beitritt Taiwans zum CPTPP zu unterstützen und Taiwans Teilnahme an wichtigen Weltwirtschaftsrahmen zu ermöglichen, indem der Druck der chinesischen Seite abgewehrt und auf ebendiese Teilnahme bestanden wird.

Der ehemalige Premierminister Abe, der eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Beziehungen zwischen Japan und Taiwan gespielt hatte, wurde im Juli 2022 ermordet – gerade dann, als sich erste Zeichen für weitere Verbesserungen der japanisch-taiwanesischen Beziehungen zeigten. Sein Verlust macht

es schwieriger, seitdem unternommene Schritte zur Stärkung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu erkennen. So ist die tatsächliche Situation unklar; jedoch scheint Japans Unterstützung für Taiwan im Vergleich zu den schnellen und verstärkten Bemühungen der USA, die Selbstverteidigung Taiwans zu unterstützen, zu stagnieren.

Literaturangaben

Fukuda, Madoka (2019), "Japan-Taiwan relationship under the Tsai Ing-wen Administration," in Wei-Chin Lee, ed., *Taiwan's Political Re-Alignment and Diplomatic Challenges*, Cham: Palgrave Macmillan

Matsuda, Yasuhiro (2013), "Japan-Taiwan Relations under DPJ and KMT Administrations in International Context," in Ocean Policy Research Foundation and Prospect Foundation, *Japan and Taiwan in a New Era: Possible Effects and Influences towards Its Relationship*, Tokyo: Ocean Policy Research Foundation, https://www.spf.org/_opri_media/publication/pdf/201303_16.pdf

Sahashi, Ryo (2014), "Japan-Taiwan relations since 2008: An Evolving, Practical, Non-Strategic Partnership," in Jean-Pierre Cabestan and Jacques deLisle, eds., *Political Changes in Taiwan under Ma Ying-Jeou: Partisan Conflict, Policy Choices, External Constraints and Security Challenges*, London and New York: Routledge

Yasuhiro MATSUDA



Yasuhiro Matsuda ist Professor für internationale Politik am Institute for Advanced Studies on Asia an der Universität Tokio. Er promovierte in Rechtswissenschaften an der Graduate School of Law der Keio Universität in Tokio. Er verbrachte 16 Jahre im National Institute for Defense Studies (NIDS) des japanischen Verteidigungsministeriums, Japanische Verteidigungsagentur (später Verteidigungsministerium), als Assistent und Senior Research Fellow. Im Jahr 2008 wechselte er an das Institute of Oriental Culture (später Institute for Advanced Studies on Asia) der Universität Tokio. Seine Spezialgebiete sind die politische und diplomatische Geschichte Asiens, die Politik und die Außenbeziehungen der VR China und Taiwans, die Beziehungen zwischen China und Taiwan sowie die Außen- und Sicherheitspolitik Japans. Im Jahr 2010 war er Mitglied des Council on Security and Defense Capability in the New Era, einer Beratergruppe des Premierministers. Er ist der Gewinner des 7. Yasuhiro Nakasone Award of Excellence im Jahr 2011. Er hat zahlreiche Bücher und Artikel auf Japanisch, Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Seine jüngste Veröffentlichung in englischer Sprache ist „Changes in the Dynamics of the Taiwan Strait due to Taiwan’s Success in Controlling the Novel Coronavirus“, *Asia-Pacific Review*, Volume 27, 2020, December 11, 2020.